

"Ich trainiere meine Lässigkeit"

Der abtretende Superminister Wolfgang Clement über Sozialmißbrauch, Verwahrlosungstendenzen in der deutschen Jugend, die große Koalition und seinen Abgang aus der Politik



Clement feut sich auf seine Freiheit
Foto: rtr

DIE WELT: Herr Clement, sind Sie vom Umfang des Leistungsmißbrauchs bei Hartz IV überrascht?

Wolfgang Clement: Ja, das bin ich. Mit dieser Dimension hatte ich nicht gerechnet. Nach Stichproben beziehen zehn Prozent derer, die zur Zeit die soziale Grundsicherung - ALG II - in Anspruch nehmen, zu Unrecht Unterstützung. Dazu kommen noch etwa 20 Prozent, die auf telefonische Anfragen eine Auskunft verweigern. Ich schätze, daß rund 20 Prozent der Menschen, die das Arbeitslosengeld II beziehen, nicht anspruchsberechtigt sind.

DIE WELT: Warum schieben Sie die Verantwortung auf die kleinen Leute ab? Die Fehler liegen doch im System, das falsche Anreize setzt.

Clement: In allen Bereichen der Gesellschaft werden Förder- und Finanzierungssysteme auch ausgenutzt, denken Sie an Steuerhinterziehung, Subventionsbetrug oder Schwarzarbeit. Bei Hartz IV ist offensichtlich die Hemmschwelle niedriger als in der bisherigen Sozialhilfe. Es ist schon ein Phänomen, das sich zunehmend Selbständige melden, Rechtsanwälte oder Ärzte, die früher nie daran gedacht hätten, zum Sozialamt zu gehen.

DIE WELT: Macht es sich die Politik nicht zu leicht? Der Mensch ist, wie man seit Jahrtausenden weiß, Jäger und Sammler, der Sozialstaat lädt offensichtlich zur Mitnahme ein.

Clement: Wir brauchen nach meiner Überzeugung eine Besinnung auf unsere Grundwerte. Wir müssen bewirken, daß jeder und jede zunächst auf seine und ihre eigenen Kräfte setzt, bevor er oder sie die Solidarität der Gesellschaft in Anspruch nimmt. Die Explosion von Bedarfsgemeinschaften, das scheinbare Aufsplitten von Partnerschaften und familiären Bindungen, all dies ist schlicht nicht in Ordnung.

DIE WELT: Welche Gegenmaßnahmen planen Sie?

Clement: Wir werden die Administration der neuen Leistung einer Revision unterziehen. In einigen Städten - nicht nur in Köln - ist erheblich geschlampt worden. Außerdem werden wir die Angaben aller Antragsteller überprüfen, nachdem jetzt der erste Ansturm vorüber ist. Wir werden auch gesetzlich eingreifen, um das oft nur scheinbare Aufsplitten von Bedarfsgemeinschaften - etwa zugunsten von Jugendlichen unter 25 Jahren - zu verhindern. Auch bei den Selbständigen sind Änderungen notwendig, um Mißbrauch einen Riegel vorzuschieben. Außerdem überprüfen wir unsere arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Die Vielzahl ist nicht notwendig. Wir schreiben die Personalserviceagenturen nicht mehr bundesweit vor und wollen die Ich-AG mit dem zweiten Existenzgründerzuschuß, dem Überbrückungsgeld, zusammenlegen. Dies werden wir jetzt den Koalitionären vorschlagen.

DIE WELT: Global gefragt: Wo liegt für Sie das größte soziale Problem Deutschlands?

Clement: Die meisten Sorgen mache ich mir um die junge Generation. Rund 600 000 junge Leute unter 25 Jahren sind derzeit arbeitslos. Fast ein Drittel von ihnen hat keinen Schulabschluß, und zwei Drittel haben keinen Beruf erlernt. Bei türkischen Jugendlichen beträgt der Anteil ohne Berufsausbildung sogar fast 90 Prozent. Hier baut sich sozialer Sprengstoff auf. Das ist der Nachwuchs für die große Arbeitslosigkeit. Hier müssen wir zu gravierenden Änderungen kommen - in den Familien, den Schulen und den Unternehmen.

DIE WELT: Sie wollen die Jugendlichen mit noch mehr Staat und Bürokratie beglücken?

Clement: Im Rahmen des Ausbildungspakts laden wir unversorgte Lehrstellenbewerber zu Nachvermittlungsaktionen ein. Doch nur jeder zweite reagiert. Diese Passivität ist erschütternd. Selbst wenn

Sanktionen eingesetzt werden, wenn bei Hartz IV nur noch die Unterkunft bezahlt wird und Lebensmittelgutscheine ausgegeben werden, reagieren manche Jugendliche nicht. Bei ausländischen Jugendlichen kommen dann noch Sprachprobleme hinzu. In einzelnen großen Städten leben diese Jugendlichen in einer Umwelt, in der nur türkisch gesprochen wird, in ihrem Stadtteil, in ihren Familien, in Läden und Restaurants. Hier droht längst die Gefahr von Parallelgesellschaften. Diese Jugendlichen erreichen wir gar nicht mehr.

DIE WELT: Vielleicht müßten Sie die Unterstützung radikal entziehen. Wer nicht arbeitet, bekommt auch nichts.

Clement: Wir wollen der Koalition vorschlagen, daß Jugendliche unter 25, die ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben, prinzipiell Teil der Bedarfsgemeinschaft ihrer Familien sind und bleiben. Sie werden dann nur noch 80 Prozent des Regelsatzes erhalten. Wir wollen nicht das Auseinandergehen, sondern den Zusammenhalt fördern. Wenn ein Jugendlicher zu Hause ausziehen will, muß schon ein besonderer Grund vorliegen, damit dies mit dem Ziel der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt mit öffentlichen Mitteln gefördert werden kann. Wir machen jedem Jugendlichen ein Angebot, wenn er denn will, für eine Ausbildung, einen Arbeitsplatz, eine sonstige Qualifizierung bis hin zum Sprachunterricht. Wir müssen darauf bestehen, daß diese Angebote nun auch angenommen werden.

DIE WELT: Ist der Staat - zu seinem Unglück - in den letzten Jahren vom strengen Vater zur allzu fürsorglichen Mutter geworden?

Clement: Der Staat ist zu sehr als Regelnder aufgetreten, der für alles und jedes zuständig zu sein scheint. Mit diesem scheinbaren Regelungsanspruch des Staates haben wir den Menschen die Motivation genommen. Der Staat muß sich zurücknehmen und sich auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren. Das macht für mich einen starken Staat aus. Der einzelne muß zu mehr Eigeninitiative herausgefordert werden. Das ist die entscheidende Korrektur. Wir müssen den Menschen wieder sagen, daß die wichtigste Antwort auf die sozialen Fragen in den eigenen Fähigkeiten besteht.

DIE WELT: Bei ihren Genossen in der SPD ist diese Botschaft noch nicht angekommen.

Clement: Ja, die dringend notwendigen Reformprozesse sind von der SPD nach meiner Meinung noch nicht so aufgenommen worden, wie ich das erhofft habe. Wir haben zwar die Akzeptanz auf den Parteitagen gefunden, aber es ist noch nicht verinnerlicht. Der Reformkurs, der Modernisierungskurs muß auch im politischen Alltag angenommen werden und eine breitere Unterstützung finden.

DIE WELT: Wie beurteilen Sie die große Koalition?

Clement: Es gibt durchaus Chancen. Die große Koalition muß jetzt nach der Klärung der Personalfragen endlich zu den konkreten Sachfragen kommen. Die Koalition braucht entschlossenes Handeln und rasche Erfolge. Der Erneuerungsprozeß, den wir eingeleitet haben, muß zügig fortgesetzt und noch verstärkt werden.

DIE WELT: Sie treten als Minister ab. Wie ist das Befinden? Melancholie, Befreiung, Trennungsschmerz?

Clement: Zur Zeit von allem etwas. Ich habe aber immer versucht, mit einer gewissen Gelassenheit mit dem Amt umzugehen. Auch jetzt trainiere ich meine Lässigkeit. Ich bin eher neugierig und gespannt auf den neuen Abschnitt, als über Vergangenes in Tränen zu zerfließen. Was soll mir noch passieren? Das Schöne am Alter ist die wachsende Unabhängigkeit.

DIE WELT: Ist Macht eine Droge?

Clement: Droge nicht. Doch Macht, vor allem die daraus entstehende Öffentlichkeit hat eine hohe Verführungs- und Anziehungskraft. Aber damit kann ich als gelernter Journalist recht gut umgehen.

DIE WELT: Welche prägende Erfahrung nehmen Sie mit aus Ihrem Politikerleben?

Clement: Vorbeugendes Handeln fällt der Politik schwer. Der Erkenntnisprozeß in Deutschland, und in der Demokratie überhaupt, braucht lange. Die Handlungsbereitschaft stellt sich erst ein, wenn es fast schon zu spät ist. Das ist ein großes Problem. Denken Sie an die Alterung der Gesellschaft und das Rentenproblem. Wir hätten längst vorbeugend tätig werden müssen, spätestens seit Kurt Biedenkopf und Meinhard Miegel uns über die Entwicklungsrisiken Aufklärung und auch Lösungswege angeboten haben.

DIE WELT: Entfremdet sich die politische Klasse zu sehr von der Lebenswelt ihrer Bürger?

Clement: Der Trend zum Berufspolitiker macht mir Sorgen. Junge Leute gehen in die Politik, richten sich darin ein und haben nie einen normalen Beruf ausgeübt und das "richtige Leben" kennengelernt. Da herrscht nicht selten ein völlig verengtes Bild der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit. Es wird dann mehr danach gefragt, was die Partei verkraften kann, als danach, was die Gesellschaft braucht.

DIE WELT: Warum trauen die deutschen Politiker ihren Bürgern noch immer nicht? Der Deutsche darf zwar Steuern zahlen, ist aber nach Ansicht vieler Politiker für Volksabstimmungen noch nicht reif genug.

Clement: Natürlich haben Sie recht: Die Bürger haben Anspruch darauf, ernstgenommen zu werden. Doch meine Politikergeneration ist durch die Erfahrungen der Weimarer Republik und des Dritten Reiches geprägt. Da mußten wir erleben, daß Millionen und Abermillionen Deutsche für Demagogen anfällig, verführbar und manipulierbar waren. Anders als in anderen Ländern sitzt bei uns das Mißtrauen gegenüber der Verführbarkeit der vielen tief. Unsere mittelbare Demokratie ist zwar kompliziert. Aber sie führt doch zu Klärungsprozessen, die für den Bürger allerdings transparent und letztlich akzeptabel sein müssen. An der Transparenz mangelt es heute oft.

DIE WELT: Sie standen als Superminister im Kreuzfeuer der Öffentlichkeit. Wie beurteilen Sie eigentlich die Qualität der Medien?

Clement: Die Medien sind schneller geworden, oft zu schnell. Darunter leidet das handwerkliche Niveau. Und dann hat die Meinungsforschung das Land durchsetzt. Die Politik läßt sich von mutmaßlichen Meinungen leiten, statt Orientierung zu geben. Das spiegelt sich in den Medien und beinhaltet das Risiko von Fehlentscheidungen.

DIE WELT: Worauf freuen Sie sich jetzt am meisten?

Clement: Auf meine Freiheit.

Das Gespräch führten Stefan von Borstel und Roger Köppel

Artikel erschienen am Mo, 24. Oktober 2005

© WELT.de 1995 - 2005

[Artikel drucken](#)